

Erfurt, den 10. Februar 2011

Beate Meißner (CDU) weist Kritik an der Demokratieerklärung zurück **Kein Projektträger wird in Zweifelsfällen alleine gelassen**

Erfurt – „Die mit der Demokratieerklärung verbundenen Anforderungen sind eindeutig und leicht zu erfüllen. In Zweifelsfällen kann sich jeder Projektträger Rat holen.“ Mit diesen Worten hat die Landtagsabgeordnete Beate Meißner Kritik an der Erklärung von Seiten der LINKEN, der Grünen und aus der SPD zurückgewiesen. Es gibt laut Meißner ein berechtigtes Interesse daran, dass Gelder für die Auseinandersetzung mit dem Extremismus nicht in Kanäle fließen, in denen ein Teil bei anderen Extremisten ankommt. „Ich erwarte, dass die Auflagen auch in Thüringen umgesetzt werden, wenn Bundesmittel mit eingesetzt werden“, so Meißner. Das Sozialministerium müsse überdies garantieren, dass auch Landesmittel nicht in die falschen Hände kommen. Dies sei eine pure Selbstverständlichkeit und habe nichts mit Schnüffelei zu tun.

Nach den einschlägigen Erläuterungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend müssen die Träger aktiv bestätigen, was ihnen in den Zuwendungsbescheiden auch schon bisher aufgetragen worden ist. Klarheit über ihre Projektpartner sollen sie sich lediglich im Rahmen ihrer Möglichkeiten verschaffen. Wie Meißner darlegte, sollen Projektträger „Abstand zu Personen und Strukturen halten, die in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder als eindeutig verfassungsfeindlich beschrieben werden“. Dieses Kriterium erfasse nur den extremistischen Kern radikaler politischer Strömungen, so die Landtagsabgeordnete. So werde auch nicht die LINKE insgesamt problematisiert, sondern extremistische Zusammenschlüsse in ihren Reihen.

Die Träger werden nach ihren Worten in Zweifelsfällen auch nicht alleine gelassen, sondern können beim Zuwendungsgeber nachfragen. „Es ist also niemand gezwungen, auf eigene Faust Nachforschungen anzustellen, und von einem generellen Misstrauensvotum kann auch keine Rede sein“, sagte Meißner und fügte hinzu: „Angesichts des begrenzten Umfangs dieser geforderten Selbstverpflichtung müssen sich die Kritiker fragen lassen, ob sie das Risiko, dass Geld in falsche Kanäle fließen könnte, nicht erkennen können oder – was schlimmer wäre – nicht erkennen wollen.“

Ausführliche Erläuterungen zur Demokratieerklärung auf der folgenden Seite: <http://bit.ly/eyWonL>

Hausanschrift
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

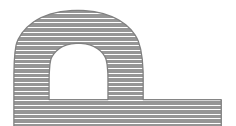
Telefon
0361 3772-205

Handy
0160 904 227 13

Telefax
0361 3772-520

E-Mail
pressestelle@cdu-landtag.de

<http://www.cdu-landtag.de>



Dr. Karl-Eckhard Hahn
Pressesprecher